



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1

Auskunft erteilt
Ina Menzel

Telefon (0421) 361 **89451**
Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05

Bremen, **30. Januar 2012**

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadt- gemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2012

Sehr geehrte Frau Linnert,

vielen Dank für die Übersendung der Ausbildungsvorlage 2012. Die folgende Stellungnahme des Gesamtpersonalrats erfolgt in Absprache mit den örtlichen Personalräten.

Die Ausbildungsquote von 8,5 % im Jahr 2012 ist erfreulich. Sie darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die tatsächliche Anzahl von Ausbildungsplätzen seit 2010 sinkt. Gab es 2010 noch 501 Ausbildungsplätze, so stehen 2012 nach der vorliegenden Planung nur noch 451 zur Verfügung. Der Gesamtpersonalrat hält den Abbau von 50 Ausbildungsplätzen angesichts der bestehenden und sich weiter abzeichnenden Personalbedarfe z. B. auch im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes für falsch.

Zu den geplanten Ausbildungszahlen im Einzelnen:

Allgemeiner Verwaltungsdienst

In den letzten Jahren war der Bedarf an den speziell für die Verwaltung ausgebildeten Verwaltungsfachangestellten in den Dienststellen stets größer als die Zahl der Ausgebildeten. Die Anzahl der Ausbildungsplätze sollte daher über die geplanten 22 Plätze hinaus deutlich erhöht werden.

Die Bereitstellung von 21 Ausbildungsplätzen für Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter wird den Bedarf an qualifizierten Beschäftigten der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt nicht decken können. Der Verweis auf die Deckung weiterer Bedarfe durch Absolventinnen und Absolventen des (externen) Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) ist nicht akzeptabel. Bremen sollte vielmehr seiner Verantwortung als Arbeitgeber nachkommen, für ausreichend Ausbildungsplätze zur Deckung des eigenen Nachwuchskräftebedarfs zu sorgen.

Lebensmittelkontrolleur-Dienst

Vor dem Hintergrund der geplanten Einführung einer Hygieneampel reichen die für 2012 vorgesehenen zwei Fortbildungsplätze zu Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleuren nicht aus.

Aufstiegsfortbildung

Die Anzahl der vorgesehenen Plätze für Aufstiegsfortbildung deckt nicht den aktuellen Bedarf. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 1, die bereits seit Jahren Aufgaben der Laufbahngruppe 2 wahrnehmen, erwarten einen zeitnahen Zugang zu der Aufstiegsfortbildung. Daneben sind die Voraussetzungen für den Praxisaufstieg gerecht, transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Polizei

Mit den geplanten geringen Einstellungszahlen wird die derzeitige hohe Belastung von Polizeibeschäftigten für die Zukunft zementiert. Einhergehend mit der Anhebung der besonderen Altersgrenze wird der Altersdurchschnitt im Bereich der Polizei zusätzlich angehoben. Und das in einem Beschäftigtenbereich, der mit Blick auf seine Aufgaben dringend auf eine gesunde Altersmischung angewiesen ist.

Feuerwehr

Die geplanten 21 Einstellungen bei der Feuerwehr werden begrüßt. Die geplante Auflösung der Landesfeuerwehrschule erfordert noch die Schaffung der rechtlichen und personellen Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Standortausbildung.

Justizdienst

Die beabsichtigten Einstellungen von Rechtspflege-Anwältinnen und -Anwältern sowie Justizfachangestellten-Auszubildenden werden begrüßt. Der Bericht zur Belastung der bremischen Justiz macht deutlich, dass auch weiterhin kontinuierlich ausgebildet werden muss.

Justizvollzugsdienst

2012 beendet der aktuelle Lehrgang für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst seine Ausbildung. Aufgrund der fehlenden Einstellungen aus 2011 wird es 2013 keine neu ausgebildeten Justizvollzugsbediensteten geben. Bei der derzeitigen Planung, auch 2012 nicht auszubilden, wird es auch 2014 keine Nachwuchskräfte für den Justizvollzug geben. Dies hat dramatische Auswirkungen auf die inhaltlichen Angebote für die Gefangenen und auf die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern eine Wiederaufnahme der Ausbildung in 2012, um die notwendige Personalausstattung im Justizvollzug abzusichern. Wie im Bericht zur Belastung der bremischen Justiz vom Senator für Justiz und Verfassung beschrieben, reicht die derzeitige Personalausstattung nicht mehr aus, um die Aufschlusszeiten und die Angebote für Gefangene aufrecht zu erhalten. Die ohnehin durch Schichtarbeit und anstrengende Arbeit mit den Gefangenen schon schwer belasteten Kolleginnen und Kollegen werden durch Personalknappheit noch zusätzlich belastet.

Steuerverwaltungsdienst

Wir begrüßen, dass die Kontinuität der Ausbildung auch im Jahr 2012 gewahrt wird. Die Ausbildungsplätze sind jedoch nicht ausreichend, um die zu erwartenden Abgänge in der Steuerverwaltung auszugleichen. Hinzukommt, dass erfahrungsgemäß nur ca. 70 % der eingestellten Auszubildenden auch eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung aufnehmen. Die Absenkung der Ausbildungsplätze für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt von 20 auf 15 wird den Personalabbau in der Steuerverwaltung weiter verstärken. Für die wichtigste Einnahmeverwaltung Bremens ist dies nicht akzeptabel. Um eine Personalausstattung wie im Durchschnitt aller Bundesländer zu erreichen, wären jährlich 77 Ausbildungsplätze erforderlich.

Berufspraktika für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen, -pädagogen und Sozialarbeiterinnen, -arbeiter

Die Anzahl der Praktikantinnen und Praktikanten ist zu gering angesetzt, da so nicht sichergestellt wird, dass alle in der Ausbildung befindlichen Erzieherinnen und Erzieher nahtlos das erforderliche Praktikum machen können. Insbesondere der Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung erfordert zusätzliches gut qualifiziertes Personal. Auch für den Bereich der Sozialarbeit / Sozialpädagogik werden angesichts des in den nächsten Jahren zu erwartenden Bedarfs zu wenige Plätze angeboten.

Übernahmegarantie bei Eignung („Bedarfsberufe“)

Der Gesamtpersonalrat spricht sich weiterhin dafür aus, den Bewerberinnen und Bewerbern bei den Auswahlgesprächen die Absicht zu signalisieren, sie bei Eignung in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Im Senatsbeschluss sollte noch deutlicher werden, dass gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern mit der Übernahme bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen geworben werden kann.

Mangel an Ausbilderinnen und Ausbildern

Ohne engagierte Ausbilderinnen und Ausbilder gibt es keine guten Nachwuchskräfte für die vielfältigen Aufgaben des bremischen öffentlichen Dienstes. Trotz verstärkten Bemühens zur Gewinnung zusätzlicher Ausbilderinnen und Ausbilder ist die Anzahl aufgrund der Altersabgänge weiter gesunken. Die durch den Personalabbau ständig steigende Arbeitsbelastung ist unter anderem maßgebend dafür, dass die zusätzliche Übernahme von Ausbildungsaufgaben wenig attraktiv ist. Es sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Durchführung einer guten Ausbildung auch zukünftig abzusichern.

Dienstbegleitender Unterricht

Der Gesamtpersonalrat freut sich und begrüßt die Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle im AFZ zur Betreuung der Studentinnen und Studenten in den praktischen Studienphasen und die Ausweisung einer zusätzlichen Stelle an der Verwaltungsschule für den dienstbegleitenden Unterricht in den unterschiedlichen Fachgebieten.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende